

LAB LEAK?

Die offenen Fragen zur Schweiz

Am 13. Januar 2026 wurde ein verfassungsrechtlich relevantes Schreiben an alle sieben Mitglieder des Schweizerischen Bundesrates übermittelt.

Das Schreiben, unterzeichnet von [Christian Oesch, Präsident des Schweizerischen Vereins WIR](#), und [Prof. Dr. Stefan W. Hockertz](#), thematisiert grundlegende Fragen zur Rolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf Schweizer Territorium – insbesondere im Zusammenhang mit dem WHO BioHub System und dem Bundeslabor Spiez.

Aus Sicht der Unterzeichnenden werfen diese Aktivitäten erhebliche Fragen zur demokratischen Legitimation, zur parlamentarischen Kontrolle, zur Neutralität der Schweiz sowie zu Dual-Use- und Gain-of-Function-relevanten Forschungsprogrammen auf.

Aufgrund der sicherheits-, gesundheits- und verfassungsrechtlichen Tragweite wurde das Schreiben parallel auch an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Donald J. Trump, sowie an Robert F. Kennedy Jr. übermittelt.

Der nachfolgende Beitrag dokumentiert das Schreiben an den Bundesrat sowie die zugehörigen internationalen Korrespondenzen in vollständiger und unveränderter Form.

13. Januar 2026

Bundesrat / Schweizerische Bundesregierung

Bundeshaus West
3003 Bern
Schweiz

Ref: Verfassungsrechtliche Bedenken, WHO BioHub und Labor Spiez

Sehr geehrte Damen und Herren des Bundesrates,

wir wenden uns gemeinsam an Sie als Bürger der Schweiz und als wissenschaftlicher Experte mit langjähriger Erfahrung in toxikologischer, immunologischer sowie biologischer Sicherheitsforschung, einschliesslich Dual Use und Gain of Function relevanter Fragestellungen.

Gegenstand dieses Schreibens ist die verfassungsrechtlich problematische Rolle der Weltgesundheitsorganisation auf Schweizer Territorium, insbesondere im Zusammenhang mit dem Labor Spiez und dem WHO BioHub System.

Die Einbindung des Bundeslabors Spiez in internationale WHO Strukturen, einschliesslich der Sammlung, Lagerung, Weitergabe und Erforschung hochriskanter Pathogene, erfolgte aus unserer Sicht ohne explizite Zustimmung des Parlaments und ohne demokratische Legitimation durch das Schweizer Volk.

In einem direkt demokratischen Rechtsstaat ist dies nicht hinnehmbar. Souveränität liegt beim Volk. Tätigkeiten mit globalem Risiko und möglichem militärischem oder sicherheitsrelevantem Dual Use Charakter erfordern zwingend parlamentarische Kontrolle, rechtliche Transparenz und öffentliche Rechenschaft.

Die extensive Gewährung diplomatischer Immunitäten an die WHO verhindert eine wirksame rechtliche Kontrolle dieser Aktivitäten und stellt einen Verstoss gegen grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien dar. Gleichzeitig wird die Neutralität der Schweiz durch die faktische Einbindung in internationale sicherheitsrelevante Strukturen untergraben.

Prof. Dr. Stefan W. Hockertz, Mitunterzeichner dieses Schreibens, verfügt über ausgewiesene Expertise im Bereich biologischer Risiken und war frühzeitig an der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Covid Geschehens beteiligt. Seine fachliche Expertise erstreckt sich auf alle Bereiche der Toxikologie und der Immunologie, besonders der Infektionskrankheiten.

Wir fordern den Bundesrat daher nachdrücklich auf:

1. Die rechtliche Grundlage sämtlicher WHO Aktivitäten in Spiez offenzulegen

2. Eine unabhängige verfassungsrechtliche Prüfung einzuleiten
3. Alle Dual Use und Gain of Function relevanten Programme unverzüglich zu suspendieren
4. Die parlamentarische und öffentliche Kontrolle wiederherzustellen
5. Die Neutralität und Souveränität der Schweiz aktiv zu verteidigen

Die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung und die verfassungsmässige Ordnung dürfen nicht internationalen Organisationen ohne demokratische Legitimation überlassen werden.

Hochachtungsvoll

Christian Oesch

Präsident Schweizerischer Verein WIR

Prof. Dr. Stefan W. Hockertz

Toxicologist and Immunologist

**Dies ist eine inhaltlich getreue Übersetzung des englischen Originals.
Massgeblich bleibt der Originaltext.**

Annex - Wissenschaftliche und rechtliche Einschätzung

von Prof. Dr. Stefan W. Hockertz

Dieser Annex wird hiermit ausdrücklich als integraler Bestandteil des gemeinsamen Schreibens von Christian Oesch und Prof. Dr. Stefan W. Hockertz an nationale und internationale Behörden übernommen.

Dieses Dokument nimmt ausdrücklich Bezug auf die wissenschaftliche und rechtliche Einschätzung von Prof. Dr. Stefan W. Hockertz, welche ursprünglich an Dr. Robert Malone gerichtet war. Der Inhalt wird unverändert und vollständig wiedergegeben, um Genauigkeit, Urheberschaft und Beweiskraft zu wahren.

Die Einschätzung behandelt unter anderem folgende Punkte:

Persönliches Schreiben von Prof. Dr. Stefan W. Hockertz an Dr. Robert Malone

Von: Stefan Hockertz

Datum: Sonntag, 11. Januar 2026 um 10:50

An: Robert Malone

Betreff: Important: Kennedys letter to German Health Minister

Lieber Robert,

ich wende mich heute mit einer persönlichen Angelegenheit an dich und bitte dich um deine Unterstützung.

Ich war von Beginn an ein bedeutender Kritiker der COVID-19-Massnahmen in Deutschland. Für den Kopp Verlag habe ich das Buch „The True Fauci“ von Robert F. Kennedy Jr. sowie dein Buch „Lies My Gov’t Told Me“ ins Deutsche übersetzt. Über meinen Telegram-Kanal (<https://t.me/ProfHockertz>) setze ich mich seit Jahren für Menschenrechte, Frieden sowie für die Aufarbeitung der im Zusammenhang mit COVID-19 begangenen Verfehlungen ein.

Robert F. Kennedy Jr. hat kürzlich ein wegweisendes Schreiben an die deutsche Gesundheitsministerin gerichtet, in dem er die rechtliche Verfolgung von Wissenschaftlern und Ärzten anprangert, die sich gegen das Corona-Regime ausgesprochen haben. In diesem Zusammenhang bitte ich dich um Unterstützung.

Seit August 2021 bin ich in Deutschland aufgrund einer aus meiner Sicht rechtswidrigen steuerlichen Massnahme vollständig enteignet worden. Es handelt sich eindeutig um ein politisch motiviertes Verfahren mit dem Ziel, mich als Wissenschaftler zum Schweigen zu bringen.

Diese Enteignung bedeutete meine vollständige finanzielle Zerstörung – einschliesslich der Beschlagnahmung meiner Immobilien – und zwang mich, im Alter von 65 Jahren in der Schweiz neu zu beginnen. Seit der Enteignung im Jahr 2021 hat bis heute kein ordentliches Gerichtsverfahren zur Klärung der Vorwürfe stattgefunden. Der zugrunde liegende Sachverhalt betrifft eine Doppelbesteuerung zwischen Deutschland und der Schweiz. Dieses Vorgehen verletzt grundlegende Menschenrechte und lähmt mich bis heute in meiner beruflichen Tätigkeit.

Trotz dieser Umstände setze ich mich weiterhin aktiv für Menschen ein, die von den Corona-Massnahmen und den Impfungen betroffen sind – insbesondere für Kinder – und engagiere mich konsequent im Kampf gegen Korruption sowie gegen weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Meine Bitte an dich ist folgende: Wäre es möglich, meine Situation Robert F. Kennedy Jr. darzulegen und sie als konkretes Beispiel für das von ihm kritisierte

Vorgehen der deutschen Behörden zu zitieren? Als prominenter Kritiker des Corona-Regimes in Europa könnte dies ein klares Signal dafür sein, wie ernst es ihm mit seinem Schreiben an die deutsche Gesundheitsministerin ist.

Für Rückfragen stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Stefan

Angaben zum Verfasser

Prof. Dr. Stefan W. Hockertz
Europäisch registrierter Toxikologe
tpi consult AG
c/o Paramed AG
Haldenstrasse 1
CH-6340 Baar (ZG)

Handelsregister Kanton Zug: CH-400.4.034.176-4
UID: CHE-353.089.891

Dieser Annex ist Bestandteil der gemeinsamen Eingaben von Christian Oesch und Prof. Dr. Stefan W. Hockertz an nationale und internationale Entscheidungsträger, darunter den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Robert F. Kennedy Jr. sowie den Schweizerischen Bundesrat.

Der Inhalt wird bewusst unverändert dokumentiert, um die sachliche, rechtliche und zeitgeschichtliche Einordnung zu ermöglichen.

Unterzeichnet:

Prof. Dr. Stefan W. Hockertz
Toxikologe und Immunologe



Internationaler Kontext: Lab-Leak-Bewertung der US-Regierung

Am 25. Januar 2025 veröffentlichte das Weisse Haus eine offizielle Stellungnahme zur Herkunft von COVID-19. Darin wird die Lab-Leak-Hypothese als ernstzunehmende und weiterhin ungeklärte Möglichkeit dargestellt.

Diese Einschätzung bildet den internationalen Kontext, vor dem auch die hier dokumentierten Schreiben aus der Schweiz zu verstehen sind.

<https://www.whitehouse.gov/lab-leak-true-origins-of-covid-19/>

Originaldokumente (vollständige Wortlaute)

Die nachfolgenden Dokumente werden im Original wiedergegeben und dienen der vollständigen Transparenz und Nachvollziehbarkeit der dargestellten Sachverhalte.

Aktuelle Entwicklung in den USA: Gain-of-Function-Forschung

Am 5. Mai 2025 veröffentlichte das White House ein offizielles Fact Sheet zur Verbesserung der Sicherheit und Kontrolle biologischer Forschung in den Vereinigten Staaten.

Darin wird die **Gain-of-Function-Forschung** ausdrücklich thematisiert und als sicherheitsrelevanter Risikobereich eingeordnet. Die US-Regierung kündigt darin verschärzte Kontrollmechanismen, eine konsequenteren Durchsetzung bestehender Finanzierungsverbote sowie eine übergeordnete Strategie zum Schutz der

öffentlichen Gesundheit an.

Die nachfolgende Videoaufnahme dokumentiert eine Stellungnahme von Präsident Donald J. Trump im Zusammenhang mit diesen Massnahmen.

Quelle:

<https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2025/05/fact-sheet-president-donald-j-trump-achieves-improved-safety-and-security-of-biological-research/>

In seiner Stellungnahme erläutert Präsident Trump die Risiken der Gain-of-Function-Forschung und verweist darauf, dass zahlreiche Experten diese Forschungsform als möglichen Auslöser oder Mitverursacher der COVID-19-Pandemie betrachten.

Die präsidiale Anordnung zielt darauf ab, staatliche Finanzierung solcher Forschung (*auch ausserhalb der USA*) wirksam zu unterbinden, bestehende Aufsichtsmechanismen zu stärken und sicherzustellen, dass biomedizinische Forschung künftig unter klar definierten Sicherheits- und Verantwortlichkeitsstandards erfolgt.

Diese Entwicklungen bilden den internationalen Kontext, vor dem die im vorliegenden Beitrag dokumentierten verfassungsrechtlichen Fragestellungen zur Rolle der WHO, des BioHub-Systems und des Bundeslabors Spiez zu sehen sind.